

Dauerhaft mehr Platz für Fahrräder

Ortsbeirat stimmt für permanente Umgestaltung von Grüneburg- und Kettenhofweg

Westend – Frankfurt bekommt zwei weitere fahrradfreundliche Nebenstraßen. Der Ortsbeirat 2 hat sich in seiner Sitzung am Montagabend mehrheitlich für eine dauerhafte Umgestaltung von Grüneburgweg und Kettenhofweg im Westend ausgesprochen. Das Gremium, das laut Mobilitätsdezernat die Entscheidung treffen sollte, folgt damit der Empfehlung einer Studie der Frankfurt University of Applied Sciences (FUAS).

Insgesamt elf Straßen

Im Sommer 2024 war bereits der Oeder Weg als Pilotprojekt verstetigt worden. Insgesamt will die Stadt elf Straßen auf Basis des Radentscheids umgestalten. Die Arbeiten auf dem Grüneburg- und dem Kettenhofweg fanden zwischen 2022 und 2024 statt. Durch sie sollen die Verkehrssicherheit und die Aufenthaltsqualität verbessert werden. Laut FUAS-Studie ist das gelungen. Sie rät, die temporären Maßnahmen auf beiden Straßen dauerhaft umzusetzen.

Dem folgt der Ortsbeirat mit zwei Vorlagen von Grünen und SPD, denen die Linke zustimmt. CDU, FDP und BFF votieren gegen die Umsetzung im Grüneburgweg. Den Radweg im Kettenhofweg lehnt nur die CDU ab; FDP und BFF enthielten sich.

Den Vorlagen zufolge sollen die Maßnahmen dauerhaft werden. Dazu gehören Markierungen, Verkehrszeichen und Radbügel. Montiert wurden auch drei Diagonalfilter am Grüneburgweg, die laut Stadt nötig sind, um dem Radverkehr Vorrang zu gewähren. Diese erlauben die Einfahrt nur noch für Räder und Busse in den Grüneburgweg gegen Palmengarten am Mitscherlichplatz. An der Wolfsgangstraße unterbrechen sie die Nord-Süd-Verbindung für den Kraftverkehr. In Höhe der Straße Im Trutz gilt eine Einbahnstraßenregelung zur Eschersheimer Landstraße.

SPD, Grüne und Linke warben für die Umsetzung: „Der Radverkehr hat zugenommen, der Autoverkehr ist deutlich zurückgegangen, und die Sicherheit für alle hat sich verbessert“, sagte Sven Ganter (Grüne). Die Stadt habe auf Kritik reagiert, sagte Tim Hoppe (SPD): „Eine Fahrtrichtung bleibt offen, der Lieferverkehr ist gesichert, und mit der baulichen Verstetigung verschwinden die provisorischen Kübel und Schilder. So entsteht ein klarer, sicherer Straßenraum, der allen zugutekommt.“ Ziel sei mehr Flächengerechtigkeit, sagte Annika Schipper (Linke). Wenn der Verkehr insgesamt zurückgehe, müsse man in Kauf nehmen, dass er in einzelnen Straße zunehme.

Auch aus dem Publikum gab es mehrere Stimmen, die sich vor allem für die Umsetzung aussprachen. In der Vergangenheit hatten jedoch Gewerbetreibende des Grüneburgwegs gegen die Umgestaltung gewettert. Sechs haben zudem eine Klage eingereicht.

Nicht auf Wahlen warten

Dass deren Ergebnis abgewartet werden muss, bevor über eine Verstetigung gesprochen wird, hatte die CDU in einem Antrag gefordert, der jedoch keine Mehrheit fand. Sinnvoller

sei es zudem, bis nach der Kommunalwahl zu warten, sagte Stephanie Kenedi (CDU). Sollte es danach andere Mehrheiten geben, müssten Maßnahmen sonst zurückgebaut werden.

Doch so lange wollten Grüne, SPD und Linke nicht warten. Einerseits sei es offen, wann mit dem Prozess zu rechnen sei, sagte Ganter. Auch sei man es den Anliegenden schuldig, dass es endlich Planungssicherheit gebe, um verlässliche Bedingungen für Anwohnende, Gewerbe und Verkehr zu schaffen. Die Provisorien ließen etwa keine Barrierefreiheit zu, sagte Katrin Haus (Grüne), für die an Kreuzungen dauerhafte Umbauten nötig seien. Damit die Umsetzung adäquat erfolgt, soll der Seniorenbeirat involviert werden, fordert der Ortsbeirat.

Wie umstritten der Umbau des Grüneburgwegs ist, zeigte sich am Montagabend auch im Mobilitätsausschuss der Stadtverordneten. Die Schilderung eines Anwohners zur Verdrängung des Verkehrs in die Wolfsgangstraße führte zu einer sehr grundsätzlichen Debatte über die Umgestaltung des öffentlichen Raums.

Einzelhandel und Gastronomie

Der CDU-Stadtverordnete Frank Nagel forderte, beim Umbau zu fahrradfreundlichen Straßen die Belange von Einzelhandel und Gastronomie zu berücksichtigen. In einem CDU-Antrag, über den am Montagabend zunächst nicht abgestimmt wurde, heißt es, im Grüneburgweg sollten Diagonalsperren zumindest teilweise geöffnet werden. Außerdem brauche es mehr Lieferzonen und Kurzzeitparkplätze. Zugleich griff Nagel Kritik von Anwohnerinnen und Anwohnern an der Umgestaltung auf. Sie hätten „Mehrbelastung und Kollateralschäden“ zu ertragen.

Katharina Knacker (Grüne) entgegnete, dass die Menschen vor Ort in die Planung einbezogen würden. Dies sei auch schon bei der Umgestaltung des Oeder Wegs geschehen. Eine Mehrheit begrüße den Umbau hin zu fahrradfreundlichen Straßen. Mobilitätsdezernent Wolfgang Siefert (Grüne) verwies auf eine Studie, wonach am Oeder Weg sogar weniger Geschäfte schließen müssten als in anderen Straßen. Die Aufregung über den Umbau sei groß gewesen, mittlerweile sagten die meisten Menschen: „Es ist schön geworden.“